

UN-Behindertenrechtskonvention

Mitsprache gefordert

Vor 15 Jahren ist die UN-Behindertenrechtskonvention verabschiedet worden. Wo steht Frankfurt? Eine Debatte.

Mehr Inklusion in Frankfurt – das fordern zahlreiche Menschen mit Beeinträchtigung in Frankfurt. Sie wollen mitreden, wenn es darum geht, neue Projekte zu realisieren, wollen gehört werden. Denn auch fünfzehn Jahre nach Einführung der UN-Behindertenrechtskonvention scheint das Thema „Inklusion“ in vielen Bereichen des alltäglichen Lebens nur langsam als Selbstverständlichkeit angesehen zu werden. Das nimmt das Kuratorium Kulturelles Frankfurt als Anlass, um zu fragen: Ist bisher genug passiert?

Björn Schneider ist Teil des Selbstvertreter-Rates der Lebenshilfe Frankfurt. Er gehört zu den Menschen, die sich vehement für eine Besserung ihrer Lage einsetzen und regelmäßig mit Politikern und Einrichtungen über die Anliegen von Menschen mit „Beeinträchtigung“ sprechen. Für dieses Wort hat er sich entschieden, wenn er aus seinem Leben berichtet. Gemeinsam mit Frankfurts Sozialdezernentin Elke Voitl (Grüne) sowie Vera Moser, Professorin für Erziehungswissenschaften mit dem Schwerpunkt Inklusionsforschung, diskutierte er am Mittwochabend bei einem Podiumsgespräch in der Evangelischen Akademie über die Situation von beeinträchtigten Menschen und erklärte, was seiner Meinung nach in der Mainmetropole dringend verbessert werden müsse. Unter der Moderation von Marie Lisa Kehler, stellvertretende Ressortleiterin der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, wurden Themen wie Schulbildung und Stigmatisierung auf dem Arbeitsmarkt angesprochen, aber auch Barrierefreiheit im Straßenverkehr.

Kritik an fehlenden Ansprechpartnern

Für Menschen mit Beeinträchtigung beginne der sukzessive Ausschluss vom allgemeinen gesellschaftlichen Leben meist schon in der Schulzeit, sagte Moser. Sie habe für ihre Arbeit immer wieder Förderschulen besucht und teile zwar die Einschätzung, dass dort auf die besonderen Bedürfnisse der Kinder eingegangen werden. Es bestehe aber auch die Gefahr, dass die Kinder nicht genug gefordert würden. „75 Prozent der Schüler einer Förderschule verlassen diese ohne Abschluss“, erklärte sie. An einer inklusiven Schule hingegen erlangt eine ähnliche Schülergruppe laut Moser viel eher ihre Qualifikation, trotz der Beeinträchtigung. Damit inklusiver Unterricht funktioniere, seien gut ausgebildeter Lehrer erforderlich. Diese müssen sich nach Ansicht Mosers immer fragen: „Wie unterrichte ich auf unterschiedlichen Lernniveaus?“

Die Frage, ob Inklusion auf dem Arbeitsmarkt besser gelingt, stand ebenfalls zur Debatte. In Hessen sind Unternehmen mit mehr als zwanzig Arbeitsplätzen dazu verpflichtet, schwerbehinderte Menschen einzustellen. Diese müssen mindestens fünf Prozent der Belegschaft ausmachen. Aber nur etwa die Hälfte der Betriebe erfüllt nach Angaben der Agentur für Arbeit diese Anforderung. „Es ist eine unternehmerische Verantwortung und

Verpflichtung, Menschen mit Beeinträchtigung im Blick zu haben“, gibt Voitl zu bedenken. Ein weiteres Thema des Abends: der öffentliche Raum mit all seinen kleinen und großen Barrieren. Schlecht ausgebaute Behindertentoiletten, schwer zugänglichen Bushaltestellen, kaputte Aufzüge. Schneider monierte, es fehle an konkreten Ansprechpartnern bei der Stadt. „Da fühlt sich manchmal keiner verantwortlich.“ Voitl sicherte zu, viele der Anregungen mitzunehmen. „Es ist definitiv nicht alles gut, aber wir sind auf dem Weg. Und es ist mit Sicherheit noch viele Jahre lang sehr viel zu tun“.

Quelle: klka.